

Regionalbund

standpunkt



DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 292 – 13. Jahrgang

EDITORIAL



Markus Meier,
stv. Direktor der
Wirtschaftskammer
Baselland

Bürokratie bis zur Erschöpfung

Verschiedenste Berechnungen haben ergeben, dass ein KMU-Inhaber pro Jahr rund 650 Stunden seiner Arbeitszeit allein für staatlich verordneten bürokratischen Aufwand «verplämpert». Und dieser Aufwand schwankt je nach Branche ganz erheblich, so dass man heute davon ausgehen kann: Gegen ein Drittel der Unternehmer-Arbeitszeit im KMU muss der Bürokratie geopfert werden, deren Sinn und Nutzen nicht nur für die Volkswirtschaft, sondern insbesondere auch für das Staatswesen vielfach mehr als fragwürdig sind.

Zwischen 600 und 800 Stunden für Bürokratie heisst aber für diese Zeit: keine Kunden- bzw. Auftragsakquisition, Mitarbeiterführung nur am Rande, keine Berufsausbildung, keine Zeit für neue Ideen und Verfahren, kaum Reserven für betriebsorganisatorische Weiterentwicklungen usw. Kurz gesagt: Anstatt Wertschöpfung immer mehr Bürokratie-Schöpfung – bis zur Erschöpfung.

Ich hätte allerdings eine Glanzidee, wie sowohl die Wert- als auch die Bürokratie-Schöpfung unter einen Hut gebracht werden könnten: Jeder Unternehmer schafft sich die Gesetzessammlungen als Hörbuch auf CD an. So könnte er sich in den täglichen Verkehrsstaus über seine Administrationspflichten gegenüber der Staatsbürokratie genau auf dem Laufenden halten. Das würde Missverständnisse vermeiden und damit zumindest der überlasteten Verwaltung weniger Aufwand beschern. Es bräuhete jetzt nur noch Verordnungsspezialisten, die diese Idee juristisch so in eine neue Verordnung packen, dass sie auch dem Strassenverkehrsgesetz gerecht würde. Nur Mut, das ist mit etwas Aufwand sicher zu schaffen!

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

TAGESTHEMA	1
SP greift den Föderalismus und den Mittelstand an.	
POLITIK	7
Der neue Avenir-Suisse-Chef über den Liberalismus.	
SERVICE & BERATUNG	8
Die Werbung im Internet muss gut geplant werden.	

REGULIERUNGSWUT – In Verwaltungen und Parlamenten wird legiferiert «auf Teufel komm raus».

So unnötig wie ein Kropf

Kürzlich stellte die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** am Parteitag der CSU sinngemäss fest: «Wenn wir noch keine Elektrizität und keine Eisenbahnen hätten, so wäre es mit unserer restriktiven Gesetzgebung heute wohl gar nicht mehr möglich, diese Errungenschaften überhaupt einzuführen.» Tatsächlich greift unser überregulierter Staatsapparat mittlerweile derart tief und detailliert ins menschliche Tun ein, dass unser Staat und damit unser Gesellschaftssystem förmlich zusammenbrechen würde, wenn wir alle Gesetze und Vorschriften buchstabengetreu – quasi in einem Bummelstreik – befolgten.

Jedes Jahr Millionen «verlocht»

Fatal an dieser Feststellung ist nun aber, dass nicht nur die deutsche Bundeskanzlerin und ihre Verwaltung in Berlin sowie erst recht der Bürokratie-Moloch der EU, sondern auch unser Staatsapparat munter weiterlegiferiert, -verordnet, -verfügt und -diktiert. Darunter leidet nicht nur der normale Bürger, sondern insbesondere unsere Wirtschaft, die mit der staatlich verordneten Bürokratie jedes Jahr viele Millionen Franken mit Verwaltungsarbeiten «in den Sand setzt», deren Sinn und Nutzen für die Gesellschaft und erst recht für die Wirtschaft oft mehr als nur fragwürdig sind.

Für jedes Problemchen gleich ein Gesetzchen?

Allerdings: Es wäre jetzt allzu simpel, für diesen stetig weiterwachsen-



Was im Verkehr reguliert wird, hat immer weniger mit Vernunft zu tun. BILD EBO.

den Missstand nur unserer Staatsverwaltung die Schuld in die Schuhe zu schieben. Die Ursachen-Wirkungskette ist in allen Lebensbereichen festzustellen.

Neue Gesetze – neue Probleme

Zunächst in der Bevölkerung selbst, die für jedes Problemchen, das sich auftut, gleich nach einem Gesetzchen ruft – in der irrigen Meinung, wenn dieses Problemchen geregelt würde, sei es auch gleich automatisch «gelöst». Oft ist genau das Gegenteil der Fall: Viele Gesetze und Verordnungen, die leichtfertig vom Zaun gebrochen worden sind, ziehen in der Praxis einen Rattenschwanz an Nachgulierungen nach sich, welche die einstmaligen löblichen Absichten ins pure Gegenteil kehren.

Bestes Beispiel dafür ist die Mehrwertsteuer, die bei ihrer Einführung als ganz einfach zu handhabende Konsumsteuer gelobt wurde, die dann aber in der Praxis zu einem Regelwerk mit mehreren tausend Seiten Ausnahmen, Sonderregelungen, Verfügungen und Sanktionen aufgebläht wurde.

Fragwürdiger «Leistungsausweis»

Ein weiterer höchst ergiebig sprudelnder Quell für immer neue Bürokratie ist unser demokratisches System mit seinen Regierungen und Parlamenten in Bund und Kantonen selbst. Und dieser Quell sprudelt besonders ergiebig, wenn Wahlen anstehen. Dann nimmt die Zahl der

FORTSETZUNG SEITE 3

SPITALVERSORGUNG – Gemeinsame Bedarfsplanung sichert zukünftige Gesundheitsvorsorge.

Engere Zusammenarbeit der Nordwestschweizer Kantone

In der Spitalversorgung wollen die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn stärker zusammenspannen. Sie haben dazu erstmals gemeinsam eine Bedarfsplanung erarbeitet und in einem Versorgungsbericht publiziert. Die Kantone bekräftigen ihre Absicht, die Gesundheitsversorgung nicht nur innerhalb ihrer Grenzen zu planen, sondern in einer interkantonalen Perspektive zu prüfen. Bis 2020 rechnen die vier Kantone mit einer deutlichen Zunahme der Spitalbehandlungen.

Koordinierte Planung

Die vier Nordwestschweizer Kantone Aargau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Solothurn verstärken ihre Zusammenarbeit in der Spitalversorgung und haben erstmals eine ge-

meinsame Bedarfsplanung erarbeitet. Der Bund verlangt mit dem revidierten Krankenversicherungsgesetz von den Kantonen, dass sie ihre Versorgungsplanung untereinander koordinieren. Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn arbeiten schon heute in der Spitalversorgung zusammen, vor allem nördlich der Jurakette, und hatten sich deshalb im Februar 2010 darauf geeinigt, die Grundlagen für die künftige Spitalversorgung gemeinsam zu erarbeiten.

Umfassende Analysen und Prognosen per 2020

Das Resultat sind Versorgungsberichte für jeden einzelnen Kanton sowie gemeinsame Berichte für das ganze Gebiet der vier Kantone und



für das Territorium nördlich des Juras. Sie liefern umfassende Analysen und Prognosen zu Fallzahlen, Aufenthaltsdauern, Pflgetagen, Pa-

tientenbewegungen, medizinischen Leistungsangeboten und anderen Parametern für die Bedarfsplanung per 2020.

Die Kantone stützten sich dabei zum Teil auf Grundlagen des Kantons Zürich. Dazu gehört etwa die Einteilung des akutsomatischen Versorgungsbedarfs in 27 Leistungsbereiche (Orthopädie, Kardiologie und Angiologie, Herz- und Gefässchirurgie, Gastroenterologie, Geburtshilfe usw.). Die leistungsorientierte Bedarfsplanung folgt den Vorgaben der neuen Spitalfinanzierung, mit welcher 2012 für die ganze Schweiz Fallpreispauschalen sowie die Freizügigkeit bei der Spitalwahl eingeführt wird. Diese Leistungsplanung löst die bisherige Kapazitätsplanung ab, die

FORTSETZUNG SEITE 3 UNTEN



**Erhöht die
Steuern:
vor allem
für KMU!**

www.steuerinitiative-nein.ch

**SP-Steuerinitiative
NEIN**

MEHR ZUM THEMA

«LEISTUNGS AUSWEIS?» – Vorstösse im Landrat im Jahre 2010.

Die fleissigsten Landratsmitglieder

Grosse Ereignisse werfen bekanntlich ihre Schatten voraus. Auf politischer Ebene im Kanton betreffen diese Ereignisse in erster Linie die bevorstehenden Landratswahlen Anfang 2011 und dann im Herbst 2011 die eidgenössischen Wahlen.

Während sich im Kanton Basel-Stadt die betroffenen Stellen in der Verwaltung und im Grossen Rat über die anstehende Flut an Initiativen mit «Wahlturbo-Charakter» beklagen (*BaZ vom 6. November 2011*), verhält sich das politische Baselbiet diesbezüglich vergleichsweise verhalten. So kann in einer ersten gröberen Übersicht und Würdigung der hängigen Landratsvorstösse (Stand 7. November 2010) nicht von einem generellen «Tsunami» an Motionen, Interpellationen, Postulaten und Anfragen gesprochen werden. Sie präsentieren sich im Vergleich zum Vorjahr im üblichen Rahmen.

Grüne Spitzenreiter

Dennoch gibt es Ausnahmen: Spitzenreiter in der Rangliste der «fleissigsten» Landratsmitglieder – also jener Landräte, die mit ihren Vorstössen die Regierung und Verwaltung am meisten auf Trab halten – sind mit grossem Abstand vor anderen Landräten **Klaus Kirchmayr** (Grüne) mit insgesamt rund 20 Vorstössen im Jahre 2010, gefolgt von **Jürg Wiedemann** (Grüne) mit insgesamt rund 13 Vorstössen im aktuellen Jahr. Im Durchschnitt liegt die Zahl der Vorstösse aller übrigen Landratsmitglieder im Jahre 2010 bei 2.

Dabei verwundert es kaum, dass die Grünen dank ihrer fleissigen Mitglieder auch als vorstossfreudigste Partei hervorstechen: Unter dem Strich haben deren Mitglieder seit Anfang Januar 2010 rund 53 Vorstösse eingereicht. Dies ist nicht nur gemessen an der effektiven Zahl, sondern auch im Verhältnis zur Grösse der Fraktion ein Spitzenwert. Nicht bewertet bei diesem Zahlenspiel ist allerdings die politische Qualität aller dieser grünen Vorstösse und damit deren Sinn und Nutzen für die Allgemeinheit ... *ebo.*

LANDRAT

POSTULAT – Landrätin Christine Koch (SP) sorgt sich um die «Produktivität».

Vorstoss-«Blüte»

Unter dem Titel «Regelung für eine Maximalzahl an Kundenparkplätzen bei Verkaufsgeschäften bis 1000 m²» hat SP-Landrätin **Christine Koch Kirchmayr** in einem Postulat die Regierung eingeladen, ihre «eigene Verordnung (Anhang 11/1 RBV) so anzupassen, dass für kundenintensive Einrichtungen neben einer Minimalzahl an Parkplätzen auch eine Maximalzahl von Kundenparkplätzen vorzugeben ist».

Ihre Begründung: In der geltenden Parkplatzverordnung werde für Ladengeschäfte grössenabhängig eine Minimalzahl von Parkplätzen verlangt. Diese Richtgrössen würden in der Praxis heute allerdings deutlich überschritten. «Dies führt zu unerwünschten städte- und ortsbauischen Entwicklungen und fördert die Verschwendung des knappen und wertvollen Baulandes durch unproduktive Parkplätze», beklagt sich Frau Koch. Andere Kantone lösten dieses Problem durch «bewährte» Obergrenzen.

Stimmt: Basel-Stadt praktiziert strikte die Obergrenze und hat notorisch zu wenig Parkplätze, dafür um so mehr Suchverkehr. Muss also Basel-land jeden Unsinn aus der Nachbarschaft kopieren – mit neuer Bürokratie? Kann man einen Parkplatz als «unproduktiv» bezeichnen, wenn Kunden dank ausreichender Anzahl und ohne Suchverkehr bevorzugt in einem solchen Geschäft einkaufen? Schliesslich: Kein Unternehmen investiert in Parkplätze, wenn sie nicht wirklich gebraucht werden. Überlassen wir also diese unternehmerische Freiheit jedem Ladengeschäft. Sie sind ohnehin schon überreguliert. *Ch. B.*



Wer stoppt diesen Wahnsinn?

BILD GINA SANDERS-FOTOLIA.COM

So unnötig wie ein Kropf

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Vorstösse meist sprunghaft zu (*siehe Spalte links*). Wer ein politisches Mandat hat, will dann noch schnell seinen/ihren «Leistungsausweis» aufpeppen. Wer aber als Parlamentarierin bzw. Parlamentarier nicht durch immer neue und oft genug völlig unsinnige Vorstösse von sich reden macht, gehört schnell einmal zu den «Hinterbänklern».

Leistungsausweis mit Verhinderung

Bei diesem Mechanismus ist jedoch zu bedenken, dass praktisch jeder Vorstoss zunächst die Verwaltung, aufwändig und damit kostentreibend beschäftigt. Wenn dann daraus schliesslich gar eine Gesetzesvorlage mit anschliessender Verordnung entsteht, so ist damit nicht nur der Verwaltungsapparat weiter auf Trab. Die

daraus unweigerlich entstehende Bürokratie, die in der Regel auf dem Buckel der Bürgerinnen und Bürger gnadenlos durchgezogen wird, trägt weiter dazu bei, dass zum Beispiel in Unternehmen anstelle von volkswirtschaftlich wichtiger Wertschöpfung noch mehr sinnlose «Bürokratie-Schöpfung» entsteht.

Man muss sich selbst als Parlamentarier heute fragen, ob sehr viel weniger derartiger Aktionismus für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unseren Staat nicht sehr viel mehr wäre. Oder anders formuliert: ob nicht jedes Parlamentsmitglied, das es sich verkneifen kann, zu jedem scheinbaren Problemchen gleich nach dem Staat zu rufen, den unter dem Strich besten Leistungsausweis erbringt?

Schliesslich kommt die Verwaltung als Legiferiermotor hinzu. Mitglie-

der der Exekutive zunächst, die es für ihre stete heilige Pflicht halten, den Gesetzes-, insbesondere aber den Verordnungsapparat ständig in Bewegung zu halten mit einer Heerschar von – zweifellos pflichtbewussten – Staatsangestellten.

86 Artikel auf 31 Seiten

Zwei Beispiele: Die Empörung über die im vergangenen Jahr vom Zaun gebrochene neue Verordnung «über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern» war ungewöhnlich heftig, insbesondere, weil damit u. a. auch Kinderbetreuung innerhalb der Verwandtschaft einer Bewilligung unterstellt werden sollte.

Mitte Oktober dieses Jahres ist die «überarbeitete» Verordnung in die Vernehmlassung geschickt worden. Zugegeben, die am heftigsten kritisierten Bestimmungen sind gelockert worden. Dennoch: Der neue Verordnungsentwurf umfasst noch immer 86 Artikel auf 31 Seiten. Die Erläuterungen dazu schaffen es sogar auf rund 60 Seiten. Wer will es dem normalen Bürger verübeln, wenn dieser der Verwaltung den Vogel zeigt?

Vollzugsnotstand

Ein weiteres Beispiel sind **Moritz Leuenbergers** ewigen Visionen zum Verkehr – von der «Vision Zero» zur «Via sicura» – die Mitte Oktober um ein weiteres Kapitel «bereichert» wurden. Neben durchaus verständlichen Regularien – etwa im Bereich der Bekämpfung des Rasertums – sind in den neuesten Absichten einige Bestimmungen enthalten, die mehr als nur Kopfschütteln auslösen.

Es ist wohl unbestritten, dass wir in unserem Staatswesen nicht etwa einen Gesetzes-, sondern längst einen

eigentlichen Vollzugsnotstand haben. Das heisst: Die bloss Existenz eines Gesetzes löst ja ein Problem nicht automatisch. Vielmehr müssen diese Vorschriften ja auch durchgesetzt, das heisst kontrolliert und nötigenfalls sanktioniert werden.

So fragt sich zu den neuesten Via-Sicura-Vorschriften tatsächlich, wer es zum Beispiel wie kontrollieren will, ob alle Kinder unter 14 Jahren auf dem Velo vorschriftsgemäss ihren Helm tragen. Dabei muss zu diesem Punkt ohnehin die Frage gestellt werden, weshalb nicht alle Velofahrer einen Helm tragen müssen, wie dies auf Motorrädern seit Jahren verlangt wird. Ist die «Via» denn ab 14 Jahren in diesem Sinn «sicurer»?

Es liegt an an uns allen

Fazit: Unser Staat bläht sich immer weiter auf und wird damit schliesslich immer «unbezahlbarer». Wir können allenfalls mit demokratischen Kontrollmechanismen die Bürokratieflut bis zu einem gewissen Grad eindämmen bzw. nicht weiter ausufern lassen.

Unter dem Strich jedoch liegt es an uns allen, mit unserer Erwartungshaltung gegenüber dem Staat und seinen Organen einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Eindämmung der Vorschriftenflut zu leisten. Es braucht tatsächlich nicht zu jedem Problemchen ein Gesetzchen, sondern sehr oft nur etwas mehr gesunden Menschenverstand und ein Quäntchen mehr Selbstverantwortung.

Hans Rudolf Gysin, Nationalrat, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland

KOMMENTAR AUF SEITE 1

Engere Zusammenarbeit der Nordwestschweizer Kantone

FORTSETZUNG VON SEITE 1

sich vor allem auf die Zahl der Spitalbetten gestützt hat.

Mehr Behandlungen

Die vier Kantone rechnen bis 2020 mit einem Anstieg der Fallzahlen in den Akutspitalern um 10,7 Prozent auf 217'000. Hauptgrund ist eine weitere Zunahme der Bevölkerungszahl, und hier vor allem der älteren Einwohnerinnen und Einwohner. Die Fallzahlen entwickeln sich regional allerdings unterschiedlich. Am stärksten steigt sie im Kanton Aargau mit plus 17,3 Prozent; im Kanton Basel-Stadt sinkt sie um 2,6 Prozent. Die rückläufige Entwicklung im Kanton Basel-Stadt wird mit dem heute schon sehr hohen Anteil an Seniorinnen und Senioren begründet.

Die zunehmende Alterung und der medizinisch-technische Fortschritt führen allein bei der Herz- und Gefässchirurgie sowie in der Kardiologie und Angiologie zu einem starken Anstieg der Fälle. Aber auch bei den Nierenerkrankungen (Nephrologie), der Rheumatologie oder bei den Lungenerkrankungen steigen die Behandlungsfälle überdurchschnittlich. Bei den Leistungsbereichen sind zum Teil grosse Schwankungen unter den Kantonen festzustellen.

Kürzere Aufenthalte

Im Gegensatz zur Zunahme der Fälle wird sich die mittlere Aufenthaltsdauer in den Spitälern der vier Kantone bis 2020 um 0,9 Tage auf 6,7 Tage reduzieren. Verantwortlich für

diesen Rückgang sind der medizintechnische Fortschritt sowie veränderte finanzielle Anreize durch die Einführung der Fallpreispauschalen. Die kürzere Aufenthaltsdauer führt trotz mehr Behandlungsfällen zu einer Reduktion der Pflergetage um 2,3 Prozent auf 1,45 Millionen. Auch hier schwanken die Zahlen von Kanton zu Kanton: Rechnet Basel-Stadt mit einem Rückgang der Pflergetage um 23,6 Prozent, erwartet der Aargau einen Anstieg um 11,1 Prozent.

Bilanz fast ausgeglichen

Von den 196'184 akutsomatischen Behandlungsfällen der vier Kantone (Stand 2008) werden 91,3 Prozent von diesen selbst erbracht, der Rest durch ausserregionale Institutionen – vor allem in Bern und Zürich. Dies entspricht einer Abwanderung von rund 17'000 Kantonsbewohnern in andere Kantone.

Ihr steht eine Zuwanderung von 16'000 Patienten aus der übrigen Schweiz und dem Ausland in die vier Kantone gegenüber. Die Wanderungsbilanz ist heute somit praktisch ausgeglichen. Die Versorgungsberichte liefern nicht nur Daten zur akutsomatischen Versorgung in den öffentlichen und privaten Spitälern. Sie machen auch Aussagen über die Rehabilitation, Psychiatrie sowie die Kinder- und Altersmedizin.

Kapazitäten ausreichend

Die Gesundheitsdirektoren der vier Kantone folgern aus der Bedarfsplanung per 2020, dass die bisherige Kapazität in der Spitalversorgung



auch in Zukunft reicht. Es könnte allerdings zu Verschiebungen in den Angeboten der Leistungserbringer kommen. Als nächster Schritt nach der Bedarfsplanung werden die Kantone in der ersten Hälfte 2011 die Leistungsaufträge vergeben und ihre Spitalisten festlegen. Das Verfahren dazu ist jedoch kantonal unterschiedlich.

Die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn erarbeiten die Spitalliste in Gesprächen mit den Leis-

tungserbringern. Der Kanton Aargau plant ein Bewerbungsverfahren. Die Leistungserbringer werden nach elf verbindlichen und gemeinsam festgelegten Versorgungskriterien ausgewählt. Zu den Auflagen gehören etwa Mindestmengen bei den Fallzahlen, Qualitätsmessungen, die Aufnahmepflicht für alle Patienten mit Wohnsitz im Standortkanton des Spitals oder betriebswirtschaftliche Anforderungen. (*Reg BL*)

BILDER DRON-FOTOLIA.COM

Professionelle
Betreuung des
Rechnungs- und
Salärwesens.

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgv,
Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern,
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch

Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern
Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium
für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,
4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.kmu.org

e-mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor

Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

e-mail: standpunkt@kmu.org

Abdruck von «standpunkt»-Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

10
Jahre

KMU-
Lehrbetriebsverbund
2000-2010



WIR
FÖRDERN
NACHWUCHS

**KMU-Lehrbetriebsverbund
Baselland und Umgebung**

Dienstleistungen der

 **WIRTSCHAFTSKAMMER**
BASELLAND



SP-STEUERINITIATIVE

STEUERERHÖHUNG – Experten diskutieren am Problem vorbei. Bleibt tatsächlich alles beim Alten?

Heftige Diskussionen in den Medien über die Auswirkungen eines Ja zur SP-Steuerinitiative: Während die meisten kantonalen Finanzdirektoren als Konsequenz einer Initiative-Annahme Steuererhöhungen für alle befürchten, vertritt die baselstädtische Finanzdirektorin **Eva Herzog** (SP) die Meinung, die Initiative könnte sogar die mittleren Einkommensklassen entlasten. Dabei erhält man unweigerlich den Eindruck, in Basel-Stadt gehe man davon aus, dass nach einem Ja punkto Steuersubstrat alles beim Alten bleibt. Vielleicht mag dies in BS sogar bis zu einem gewissen Grad stimmen, denn zu den besten Steuerzahlern zählen dort zu einem guten Teil juristische Personen, also Unternehmen.

In BL stehen über 200 Mio. Franken auf dem Spiel

Wie ist es aber zum Beispiel in Baselland, wo die durch die Initiative betroffenen «natürlichen» Einkommens- und Vermögensklassen dem Kanton jährlich weit über 200 Mio. Franken an Steuern bringen? Eine einfache Rechnung zeigt auf: Wenn «dank» der Initiative – durch Abwanderungen von letztlich wenigen «Reichsten» – dem Kanton nur schon 100 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen zuflössen, hätte dies zur Folge, dass jeder verbleibende Baselbieter Steuerzahler pro Jahr rund 600 Franken mehr bezahlen müsste. «Dank» der Steuerprogression würde diese Suppe jedoch vor allem der Mittelstand – gerade die KMU-Inhaber – auslöffeln müssen.

Einzelne Steuerexperten behaupten nun, diese Abwanderungen würden aber gar nicht stattfinden (BaZ vom 9. November 2010). Eine mutige Behauptung, zeigt doch die Entwicklung der letzten Jahre, dass gerade sehr gute Steuerzahler vergleichsweise rasch ein für sie günstiges Steuerdomizil aussuchen. Monaco zum Beispiel würde sich freuen. Das hat auch Baselland 1972 mit einer damals eingeführten Reichtumssteuer erlebt: Innert einem Jahr hat der Kanton bereits 10 Mio. Franken Mindereinnahmen verzeichnen müssen.

Kein Pokerspiel: Nein zur SP-Initiative!

Befürworter und Gegner der SP-Initiative liegen sich zu diesem möglichen Effekt derzeit in den Haaren. Wer recht hat, würde sich aber erst zwei, drei Jahre nach der Einführung konkret erweisen. Fatal wäre aber, wenn – was ganz sicher nicht von der Hand zu weisen ist – die Initiativegegner mit ihren Abwanderungsbefürchtungen recht behalten und gerade im Baselbiet beste Steuerzahler wegziehen. Dann wären Korrekturen nicht mehr möglich. Wollen wir uns auf dieses Pokerspiel einlassen? Deshalb: Nein zur SP-Steuerinitiative am 28. November!

Markus Meier
stv. Direktor Wirtschaftskammer

VERANSTALTUNG

Feierabend-Gespräch

Das 1984 gegründete CSEM, **Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique SA**, ist ein privates Forschungs- und Entwicklungszentrum, das sich auf Mikro- und Nanotechnologie, Mikroelektronik, Systems Engineering und Kommunikationstechnologien spezialisiert hat. Basierend auf seinem Marktwissen und seinen technologischen Kompetenzen bietet das CSEM seinen Industriekunden und -partnern innovative und massgeschneiderte Lösungen an, die aus den Resultaten seiner angewandten Forschung hervorgehen.

Das CSEM lädt nun interessierte Unternehmen ein zu einem Feierabendgespräch unter dem Titel «Industrialisierung neuer Technologien», das von namhaften Referenten bereichert wird:

Donnerstag, 25. November 2010, 16.30 Uhr, im «Forum Würth», Dornwydenweg 11, 4144 Arlesheim

Weitere Informationen zum CSEM und zur Veranstaltung (Rubrik: Events) unter:

LINK

www.csem.ch

POLITIKOLUMNE

Mitregieren ohne Verantwortung?

Wer hätte nicht gelegentlich Lust, «denen da oben in Bern» beizubringen, was zu tun und zu lassen sei? Nichts einfacher als das. Am besten regiert man als «beratendes Organ» von Bundesräten mit, ohne für die Folgen verantwortlich zu werden. Ein Fallbeispiel: 1999 ernannte das Eidgenössische Departement des Innern lic. phil. **Jürg Krummenacher** (56), damals Direktor (1991–2008) von Caritas Schweiz, zum Präsidenten der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF). Krummenacher hat Psychologie, Sozialpädagogik, Philosophie und Publizistik studiert, war Schul- und Heimpsychologe (1979–85) sowie Rektor und Psychologiedozent an der Höheren Fachschule für Sozialarbeit/HFS in Luzern (1985–91). Politisch auffällig wurde er bisher weniger als Schwyzer Kantonsrat (1980–91) denn als Gegner der jeweiligen Abstimmungssieger bei Asyl- und Ausländerthemen.

Doch unlängst suchte Krummenacher – mittlerweile zum Professor mutiert (Leiter Interdisziplinärer Schwerpunkt Gesellschaftliche Sicherheit und Sozialversicherungen an der Hochschule Luzern) – das Scheinwerferlicht: In der Schweiz sollen für Kosten von jährlich etwa 1,2 Mia. Franken «Elternzeit» und «Elterngeld» eingeführt werden, verkündete er namens der EKFF. Und weiter: «Die Familie wird nach wie vor sehr stark als Privatsache betrachtet. (...) Die Ausgaben für Familienzulagen betragen 2005 knapp 6 Mia. Franken. Dazu wurden 2,3 Mia. an Steuerreduktionen gewährt. Im Ver-



Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

gleich dazu machten die Ausgaben der AHV rund 31 Mia. aus.» Darum verfolge die EKFF das «Ziel, den ungerechten und lückenhaften Familienlasten- und -leistungsausgleich durch klare, übersichtliche Bundeslösungen zu ersetzen.» Äussert sich so ein beratendes Organ? Nein! Das ist die Machersprache politischer Parteien und ihrer Exponenten. Diese Verselbständigung war absehbar. Denn im August 2000 hat sich die EKFF unter dem Titel «Eine zukunftsfähige Familienpolitik fördern» selber strategische Leitlinien bis 2015 gegeben: «Die EKFF entwickelt

einen Vorschlag für eine Elternzeit und einen Vaterschaftsurlaub.»

Die Finanzierung eines «Elterngeldes» würde die Lohnabzüge um insgesamt 0,4 Prozent erhöhen. Bei der Mehrwertsteuer müsste der Satz um 0,5 Prozent angehoben werden. Seit Juli 2005 erhalten erwerbstätige Frauen während 14 Mutterschaftswochen 80 Prozent des Erwerbseinkommens. «Ungezügelt!», rügt die Krummenacher-Kommission. 24 Wochen Elternzeit und Elterngeld seien das Minimum. Eine erwerbstätige Mutter könnte künftig bis zu achteinhalb Monate zu Hause bleiben, ein Vater fünf Monate.

Dafür müsse man nur zweimal pro Monat auf einen Milchkaffee verzichten, rechnete der EKFF-Professor vor und gab die «beratende» Order aus: «Wir hoffen, dass wir nicht 50 Jahre auf die Einführung warten müssen.» Kommentar der «NZZ» zum jüngsten Wurf: «Völlig realitätsfern, unverantwortlicher Sozialausbau.» Es gehe um die Grundsatzfrage, ob der Staat seine sorgende Hand immer mehr über die Eltern halten und ihnen möglichst jede Last abnehmen soll. Und es geht fast mehr noch um die Frage, wie man solche «beratenden» Selbstläufer und deren Überreibungen künftig unterbindet. Denn politische Wertungen sind Sache der dafür gewählten politischen Organe, also des Bundesrates und der Bundesversammlung, und der Stimmbürgerschaft. Schattenkabinette mit selbsternannten Ministern braucht die Schweiz nicht.

KMU-SCHAUFENSTER – Erfolgreiche Gewerbeausstellung der KMU Homburger-/Diegtal und Umgebung.

Drei Tage «Gaudi» in Diegten

Vom 29. bis 31. Oktober stand Diegten im Zeichen der Gewerbeausstellung «Gaudi'10» des Gewerbevereins KMU Homburger-/Diegtal und Umgebung. Regierungspräsident **Jörg Krähenbühl** war bei der Eröffnung zugegen. Die Organisatoren freuten sich über die grosse Besucherschar und zogen ein positives Fazit.

Regulierungskosten reduzieren

«Gaudi steht einerseits für Gewerbeausstellung Diegten, andererseits auch für die grosse Freude, mit der unsere Gewerbler ihrer Arbeit nachgehen und sich auch für diesen Grossanlass engagiert haben», begrüsste **Peter Sutter**, Präsident des



Gastreferenten: Regierungspräsident Jörg Krähenbühl und ...



... Markus Meier, Wirtschaftskammer.

Gewerbevereins KMU Homburger-/Diegtal und Umgebung, die rund 120 Gäste am Freitagabend zur Eröffnung der Gewerbeausstellung in der Mehrzweckhalle Diegten. Regierungspräsident Jörg Krähenbühl würdigte am Rednerpult die grosse Arbeit, die hinter einer solchen Ausstellung stecke und die meistens von einigen wenigen «Machern» getragen werde. Krähenbühl, selbst ehemaliger Geschäftsführer eines KMU, versprach den anwesenden Gewerbevertretern, sich nach wie vor für eine Reduktion der erdrückenden Regulierungskosten für das Gewerbe einzusetzen. Dieses Vorhaben goutierte auch **Markus Meier**, Stv. Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, in seiner Grussbotschaft des Dachverbandes. «Der administrative Aufwand für KMU, nicht zuletzt auch auf nationaler Ebene, ist heute schlicht und einfach nicht mehr zumutbar. Dagegen müssen wir kämpfen», forderte Meier die zahlreichen Gäste auf.

Viel Herzblut

Nachdem das zeremonielle Band von Peter Sutter und **Markus Schneider**, Gemeindevizepräsident von Diegten, zerschnitten worden war, galt die Gaudi offiziell als eröffnet und der Musikverein Diegten spielte das Baselbieter Lied. Anschliessend durfte Peter Sutter den Regierungspräsidenten durch die Ausstellung führen. An insgesamt 70 Ständen wurde über drei Tage hinweg ein sichtlich



Eröffnungsschnitt (Mitte): Peter Sutter und Markus Schneider.

enger Kontakt zwischen Ausstellern und Besuchern gepflegt und gelebt. Überall war immer wieder zu vernehmen, dass viel Herzblut in der Ausstellung stecke. Das galt auch für die Gastronomiebetriebe, die über das ganze Wochenende hinweg sehr gut frequentiert wurden und zum Teil bis spät in die Nacht für Stimmung sorgten.

Matthias Ritter, Bauchef der Gaudi und Präsident des Verbands Dach und Wand Baselland, war mit dem Resultat der Ausstellung hoch zufrieden: «Es ist nicht einfach, die

Wünsche aller Standbetreiber zu erfüllen, aber ich denke, wir haben das Optimum herausgeholt, und von den Besuchern habe ich nur positive Rückmeldungen gehört.» Dem schloss sich auch OK-Chef Peter Sutter an: «Die Besucher kamen in Scharen und ihr Echo sowie dasjenige von den Ausstellern war sehr gut.» Vor allem am Sonntagnachmittag sei das Areal voll gewesen, meinte Sutter, der sich nicht zuletzt auch über das Wetterglück freute, das die Gaudi erfahren hatte.

Text und Bilder: Simon F. Eglin

Outsourcing

Wir zeigen Ihnen die Möglichkeiten und Chancen auf, wie Sie Ihr **Rechnungswesen** mit einer einfachen, massgeschneiderten Outsourcinglösung optimal organisieren können.

Bando Treuhand AG | Ettingen | Basel
T 061 406 62 62 | www.bandotreuhand.ch

KOMMENTAR



Christoph Buser,
Landrat,
Präsident «Liga Baselbieter Stromkunden»

Schluss mit teuren Hokuspokus-Projekten

Braucht es eine «Liga Baselbieter Stromkunden»? Diese Frage lässt sich im Rahmen der bisherigen Diskussionen rund um die Energiepolitik beantworten. Diese sind im Baselbiet in den letzten Jahren in erster Linie von links-grünen Gruppierungen geführt bzw. geprägt worden. Dabei hat sich eine stark ideologisierte Diskussionskultur entwickelt. Viele Exponenten kennen nur noch Schwarz oder Weiss. Wer kritische Fragen zu erneuerbaren Energien stellt, wird gleich als Verhinderungspolitiker abgetan. Und unter dem Deckmantel des meist missbrauchten Begriffes «Nachhaltigkeit» wird versucht, auch völlig unrealistische Anliegen durchzuboxen.

Zahlreiche selbsternannte Fachleute haben das Thema Energie für sich entdeckt und mit teils realitätsfremden Positionen für den Laien undurchsichtig gemacht. Eine ernsthafte Informationsbeschaffung zu Energiefragen ist heute schwierig. Objektive Informationen über die Möglichkeiten der erneuerbaren Energien sind inzwischen kaum mehr möglich.

Die Liga Baselbieter Stromkunden setzt hier an: Sie will in der Energiepolitik auf Fakten abgestütztes Know-how generieren, das an die interessierte Bevölkerung, aber auch an Politiker weitergegeben wird. Die Liga will als eigentliches Kompetenzzentrum die energiepolitischen Geschehnisse und Aktivitäten erfassen, einordnen, koordinieren und letztlich für die eigenen Anliegen auch lobbyieren – unter anderem mit eigenen Publikationen, Veranstaltungen und mit Medienarbeit. Leute, die in Energieeffizienz investieren wollen, verdienen es, dass man ihnen aufzeigt, wie sie den Investitionsfranken am wirkungsvollsten einsetzen. Gerade hier wird mit zu vielen Halb- und Unwahrheiten operiert. Spezialisierte Subventionsjäger-Firmen bewerben die Photovoltaik oder versuchen uns klarzumachen, dass beispielsweise ganze Windpärke in der Region eine gute Investition seien. Solche Träumereien verkommen aber in vielen Fällen zu kostspieligen Fata Morganas – auf dem Buckel der Stromkunden.

Bref: Die Liga Baselbieter Stromkunden will die energiepolitische Arena nicht länger den ideologisch übermotivierten «Schein-Experten» überlassen. Sonst drohen den Baselbieterinnen und Baselbietern unzählige «Hokuspokus-Projekte» mit negativen Folgen für die Energiepreise, den Wirtschaftsstandort, aber auch für die Kantonsfinanzen. Ch. B.



Liga-Vorstandsmitglieder (v. l.): Die Landräte Christoph Buser, Hansruedi Wirz und e. Landrat Remo Franz.

ENERGIEPOLITIK – Neue massgebende Kraft im Baselbiet gegründet.

«Liga Baselbieter Stromkunden» feuert die Energiediskussion an

Die Baselbieter Energiepolitik soll breiter diskutiert werden. In diesem Sinne ist Ende Oktober die «Liga Baselbieter Stromkunden» ein erstes Mal an die Öffentlichkeit getreten. Anlässlich einer Medienkonferenz haben der Präsident der Liga, Landrat **Christoph Buser**, sowie die beiden Vorstandsmitglieder e. Landrat **Remo Franz** und Landrat **Hansruedi Wirz** die neue unabhängige und überparteiliche Interessengemeinschaft im Bereich der Energiepolitik vorgestellt.

Ideologisch verklärte Diskussion

Die «Liga Baselbieter Stromkunden» setze sich für eine zukunftsorientierte, sichere, wirtschaftliche, aber auch realisierbare Energiepolitik ein. Landrat Christoph Buser, erster Präsident der neuen Liga, sieht die Notwendigkeit der neuen Organisation vor dem Hintergrund der zunehmend ideologisch verklärten geführten energiepolitischen Diskussionen im Kanton Baselland. Vor allem links-grüne Gruppierungen hätten mit teils realitätsfremden Positionen für viel Verunsicherung gesorgt.

Kompetenzzentrum

Die Liga wolle deshalb im Bereich der Energiepolitik ein auf Fakten abgestütztes Know-how generieren – für die interessierte Bevölkerung, aber auch für die Politik. Die Liga sehe sich als Kompetenzzentrum, das energiepolitische Aktivitäten erfasst, einordnet, koordiniert und letztlich für die eigenen Anliegen auch lobbyiert. Dabei sei die Organisation unabhängig von politischen Parteien oder Unternehmen im Energiebereich aktiv, betonte der Präsident. «Die Liga will in erster Linie die

Energieeffizienz und die erneuerbare Wärmeenergie fördern. Energieproduktionsformen, die in unseren Breitengraden ineffizient sind und wenig Wirkung erzielen, lehnt sie ab», hielt Christoph Buser deziidiert fest.

Acht Handlungsleitsätze

In ihrem Handeln orientiere sich die Liga an acht Leitsätzen (Kasten auf dieser Seite), erklärte an der Medienorientierung e. Landrat Remo Franz in seinen Ausführungen. So fordere die Liga unter anderem eine vielfältige und breit abgestützte Energiepolitik, die Zukunftsorientiertheit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit zum Ziel habe.

Die Liga anerkenne die grosse Bedeutung erneuerbarer Energien und will diese fördern. Sie fordere jedoch einen gezielten und standortgerechten Einsatz dieser Ressourcen nach dem Motto: «Photovoltaik dort fördern, wo die Sonne am meisten



Ja zur Windkraft – dort, wo es genug Wind hat. BILD DEHJ-FOTOLIA.COM

scheint und Windkraft dort, wo der Wind am meisten weht; wenn nötig auch im Ausland», betonte Franz. Im Kanton selbst setze die Liga in erster Linie auf die erneuerbare Wärmeenergieproduktion und die Gebäude-Energieeffizienz, um dadurch von den fossilen Energieträgern wegzukommen.

Wirkungsvoller Einsatz der Investitionen

«Solange Förder-Gelder nur in beschränktem Ausmass vorhanden sind, ist ein möglichst wirkungsvoller Einsatz des Investitionsfrankens im Interesse aller Beteiligten», betonte Landrat Hansruedi Wirz in seinem Votum. Alles andere fördere Ineffizienzen, führe zu einer hausgemachten Verteuerung der Energie und schade damit letztlich dem Wohn- und Wirtschaftsstandort Baselland.

«Überrassende Forderungen führen nicht zum Ziel», hielt Hansruedi Wirz ausserdem fest. Er unterstrich dies anhand von aktuellen energiepolitischen Beispielen. Extremforderungen wie beispielsweise die im vergangenen September vom Stimmvolk deutlich abgewiesene Initiative der Grünen mit dem Namen «Weg vom Öl» würden von der Liga nicht unterstützt. Vielmehr gehe es darum, die Vorteile der Energieeffizienz und der erneuerbaren Wärme herauszustreichen.

Weitere detaillierte Informationen zur «Liga Baselbieter Stromkunden» vermittelt die Homepage:

LINK

www.stromkunden-bl.ch

LIGA-POSITIONEN

Acht Grundsätze der Energiepolitik

Die «Liga Baselbieter Stromkunden» orientiert sie sich an folgenden acht Leitsätzen:

Energiepolitische Vielfältigkeit: Nur eine vielfältige, breit abgestützte Energiepolitik kann die Ziele Zukunftsorientiertheit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit erfüllen. Deshalb stehen wir für eine Energiepolitik mit Augenmass ein!

Weg vom Öl: Öl ist zu kostbar, um verbrannt zu werden. Deshalb sollen Anreize gesetzt werden, unsere Gebäude energietechnisch zu sanieren. Wir setzen uns für clevere Ansätze bei Gebäudesanierungen und für den Einsatz neuester Technologien bei Neubauten ein!

Regionale Energiepolitik: Unser Gewerbe profitiert von einer vielseitigen Energiepolitik: Wärmespezialisten, Gebäudetechniker, Klimatechniker, Solarinstallateure, Kraftwerksbetreiber und viele mehr. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Berufe im Kanton eine Zukunft haben!

Mehr Wettbewerb: Die Energiepreise sind in der Vergangenheit stark gestiegen. Mehr Wettbewerb in der Industrie soll zu marktgerechten Preisen führen. Deshalb: Strommarkt-Liberalisierung mit Augenmass!

Erneuerbare Energien fördern: Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Auch das Baselbiet verfügt über umfassende natürliche Ressourcen. Wir müssen diese aber richtig einsetzen.

Keine «Black-outs»: Unsere Netze und Kraftwerke sind in gutem Zustand und sollen es auch bleiben. Zweckmässige Investitionen sind für die Versorgungssicherheit unumgänglich. Wir setzen uns für Investitionen mit Augenmass ein!

Starke regionale Energieversorger: Seit über 100 Jahren leisten unsere Baselbieter Energieversorger wertvolle Arbeit, beliefern uns mit Strom und Wärme. Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen der Industrie ein, denn sie schafft Arbeitsplätze und bringt Steuereinnahmen.

40 Prozent erneuerbare Energie: Wir setzen uns dafür ein, dass wir Baselbieter bis ins Jahr 2030 mindestens 40 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen. Dieses Ziel ist ambitioniert. Mit einer konsequenten Verfolgung unserer Strategie kann es aber erreicht werden!

diga
möbel

Jetzt **Sonderangebote** zum Zugreifen!

BÜRO-KOMPETENZ.

diga ist das Kompetenz-Zentrum für die KMU. Wir planen Ihr Büro, vom einfachen Schreibtisch bis zur komplexen Bürolandschaft.

3400 Burgdorf/Bern	8600 Dübendorf/Zürich	8854 Galgenen/SZ
1023 Crissier/Lausanne	6032 Emmen/Luzern	4614 Hägendorf/Olten
8953 Dietikon/Zürich	1700 Fribourg Nord	9532 Rickenbach/Wil

I d'iga muesch higa!

www.diga.ch

WBZ

ALLES UNTER EINEM DACH

Unsere Dienstleistungen:
Grafisches Service-Zentrum
EDV · Treuhand
kreativAtelier · Restaurant Albatros

Kompetent. Persönlich. Sympathisch.

Wohn- und Bürozentrum für Körperbehinderte
Aumattstrasse 70-72 · Postfach · CH-4153 Reinach 1
Telefon 061 717 71 17 · Fax 061 717 71 00
info@wbz.ch · www.wbz.ch